

**Die "Volksbildung" (éducation citoyenne), ein gemeinschaftliches Lernen, ein sich Weiterbilden und eine kollektive, gestalterische Kraft.**

Drei Grundansätze zur Erfahrbarmachung einer "Agent of change academy".

- Zivilgesellschaft als organischer öffentlicher Raum.
- Lokales Empowerment
- Vernetzte Strukturierung

Ausgangsthese:

Um die Idee einer Institution welche den Bürgern die Möglichkeit gibt sich kritisch mit der Welt in der sie leben auseinandersetzen zu können zu beschreiben, ist es durchaus sinnvoll sich auf die Konzepte der Volksbildungsvereine oder der Volks-oder kritischen Universitäten zu berufen.

Bei allen diesen Bestrebungen seit Mitte des 19ten Jahrhunderts und ob sie eher liberaler, sozialistischer oder kirchlicher Natur waren, ging es fundamental darum den Menschen die Möglichkeit zu geben sich weiterhin Wissen anzueignen und dieses Wissen auch besprechen zu können. Sie vermochten ganz sicher diese Menschen zu verantwortungsvolleren Bürgern zu machen und ihnen damit die Möglichkeit zu geben sich besser in ihrem gegebenen Umfeld zu bewegen

Die Frage ist demgemäss erlaubt ob und inwiefern diese Konzepte sich auf den Menschen, den Bürger, als ein zusätzliches Element des gestaltenden, auch gesellschaftlichen, Wandels ausprägen konnten.

Paulo Freire, einer der Väter dieser Bewegung, beschreibt Wissensvermittlung im klassischen Sinne der Schule zum einen als "the banking concept of education", wo es vornehmlich die Aufgabe des Lehrers ist die Köpfe der Schüler mit Inhalten seiner Übermittlung zu füllen, losgelöst von der Wirklichkeit und ohne eine Verbindung zu einem grösseren Ganzen, das sie ins Leben rief und ihnen Bedeutung verleihen könnte. Ausser dass diese Inhalte später "abrufbereit" sind, sagt Freire dass sie die Schüler passiv macht und sie die scheinbare Realität der ihnen präsentierten Welt nicht lernen zu hinterfragen.

Als Alternative dazu entwickelt er das "problem-posing concept of education", welches den Menschen erlauben soll die Welt nicht als statische Wirklichkeit zu erleben, sondern lernen die Wirklichkeit als Prozess zu erfahren. Dies indem der Schüler-Lehrer- Widerspruch aufgehoben wird und den Menschen die Möglichkeit geboten wird in Form von problemformulierender Bildung die Kraft zu entwickeln die Welt in der sie leben kritisch zu erfassen.

Freire zeigt auch ansatzweise auf dass in einem solchen Dialog-konzept die theoretische Reflexion nach Aktion verlangt. Für die Praxis des Menschen bedeutet dies dass ein optimaler Unterricht beide Elemente in einem ausgewogenen Verhältnis beinhalten muss.

Diese Einschätzung sollte man absolut teilen, sie fördert in ihrer Dualität bestimmt, wie Freire es beschreibt, die Bewusstseinsbildung und damit auch die Autonomie "des Menschen", also des Individuums. Dies fördert natürlich seine Kommunikationsfähigkeit und erlaubt ihm eine stärkere Interaktion mit anderen. Der Gedanke sollte aber doch durch eine neue Dimension erweitert werden, nämlich den der kollektiven Aktion in Verbindung zum Territorium als natürliches, aber auch sozio-politisches und ökonomisches unmittelbares Umfeld des Menschen.

Wenn man den Gedanken Freires, betreffend die Förderung der Kommunikationsfähigkeit der Menschen aktuelle Bedeutung in Bezug auf unsere moderne Wissens-und Kommunikationsgesellschaft beimisst, so kann man daraus schliessen dass durch die weltweite Vernetzung der Information und des Wissens (Internet) wohl wiederum der Einzelne Bürger sich bilden kann, dass aber damit nicht gewährleistet ist dass er als Einzelner einen unmittelbaren Einfluss auf seine soziale Umgebung nehmen kann.

Bürgerpartizipation als fortschrittliche Bewegung und somit die Zivilgesellschaft, müsste in diesem neuen, modernen und globalen Kontext demnach auch neu lernen sich, im Sinne der Aktion, bewegen zu können.

Eine lernbereite und für positive gesellschaftliche Veränderungen stehende Zivilgesellschaft müsste auf der Basis eines global zur Verfügung stehenden Wissens und des Erkennens ihrer in Ihrer Vielfalt existierenden Zivilgesellschaften, aber auch deren vielfältiger Ambitionen, davon ausgehen können dass die Aktion ganz eng mit ihrer territorialen Verbundenheit zu tun hat und ein Lokal-kollektives und Vernetztes Handeln erfordert.

## **Solidarwirtschaft: Einst ein Teufelswerk und jetzt Aushängeschild für Sozialtiger.**

Als ganz zu Anfang der 90er Jahre die Action Sociale pour Jeunes (ASJ) sich für ein embryonales Konzept, das sich « économie solidaire » nannte, zu interessieren begann, da haben die damaligen Protagonisten nicht erahnt welche Bedeutung diesem Konzept einmal zukommen würde.

Heute, rund 20 Jahre später, wird die Solidarwirtschaft allgemein und weltweit als eine ernstzunehmende und komplementäre Alternative für unser Wirtschaften angesehen und vor dem Hintergrund der aktuellen Krise geradezu plastisch verständlich.

Mit dem Verständnis für das Konzept « Solidarwirtschaft » war das aber nicht immer so einfach.

Das Konzept wurde zur damaligen Zeit vornehmlich in Frankreich besprochen und fand dort auch Eingang in die wissenschaftliche Diskussion.

Die Grundfragestellung im noch kleinen Kreise war: Welche Möglichkeiten des wirtschaftlichen Handelns, die es allen Menschen erlaubt dezent zu partizipieren, gibt es neben den Betrieben der klassischen Sozialwirtschaft (die meist als übermächtige, privatwirtschaftlich agierende Mastodonten daherkamen) und der sozialstaatlich organisierten "Betreuungspolitik" (mit den für diesen Zweck organisierten und finanzierten sogenannten Trägergesellschaften: meistens asbl's).

Die ASJ beteiligte sich von Anfang an an dieser, schnell internationaler werdenden Forschungsarbeit und stellte erstmals, in Zusammenarbeit mit dem OGB-L, ein schlüssiges Konzept für eine experimentelle Umsetzung der Solidarwirtschaft in Luxemburg vor:

### Die Studie "Objectif Plein Emploi".

Das war Anfang 1995. Zu diesen Zeiten versuchten wir natürlich auch mit den verantwortlichen Leuten die in Luxemburg in den "grossen" und alteingesessenen Trägergesellschaften arbeiteten und im Sozialbereich grosso modo die Politik machten, über diese neuen Sichtweisen zu reden.

Nicht nur dass wir nicht für voll genommen wurden mit unseren aberwitzigen Vorstellungen, nein, wir wurden auch als störend für das etablierte "Soziale System" angesehen und demnach versuchte man uns entweder mal in das bestehende System wiedereinzugliedern oder aber mal wieder aus der gesamten Sozialpolitik hinauszukehren. Beides misslang damals, aber angefeindet wurden wir schon und werden wir immer noch.

Denn oh Wunder, 1996 bekamen wir doch unsere Chance, die Politik gab sie uns! Wir konnten beginnen unsere Vorstellungen der Solidarwirtschaft in Luxemburg umzusetzen. Das "Netzwerk Objectif Plein Emploi" war geboren.

Damit das Netzwerk seine selbst gestellten Aufgaben konkret angehen konnte, bedurfte es aber einiger tiefgreifenden und risikoreichen Entscheidungen die uns zur damaligen Zeit in eine Phase des Handelns ohne Sicherheitsnetz versetzten.

Anders gesagt wir verliessen zu diesem Zeitpunkt komplett die ausgetretenen Pfade des (sozialen) Systems, brachen die letzten Verbindungen zum traditionell zuständigen Familienministerium ab und leiteten somit eine neue Politik der Verantwortung in unserer Gesellschaft ein.

Die Grundausrichtung zur Umsetzung unseres Gesamtkonzeptes basierte auf vier Hauptleitmotiven, die Voraussetzung waren und die es zu bewerkstelligen galt:

- Dezentrale Organisationsform : der Netzwerkaufbau verlangte die Gründung lokaler Vereinigungen (CIGL).
- Demokratische Partizipation der Bürger : die Verwaltungsräte dieser lokalen Vereinigungen mussten in ihrer Zusammensetzung die Interessenvielfalt der dortigen Menschen repräsentieren.

- Innovative Haushaltsplanung : Erstellung des Haushaltsplanes anhand einer zu erbringenden Leistung an der Basis.
- Investitionen in nachhaltige Lebensqualität : Gebrauch der so definierten Mittel um Projekte zu finanzieren und nicht um "Arbeitslose" zu bezahlen.

Anhand dieser Beschreibung kann man erkennen dass wir damals komplettes Neuland betraten, dies alles aus dem Boden stampfen mussten und uns somit völlig von dem allgemeingültigen sozial-paternalistischen Versorgungssystem verabschiedeten.

Ein wichtiges Stück Solidarwirtschaft belebte auf einmal die verkrustete Luxemburger Soziallandschaft.

Und heute?

Heute sieht man dass der Begriff Solidarwirtschaft salonfähig geworden ist. Nicht nur dass er Einlass in den allgemeinen politischen Diskurs gefunden hat, nein, auch die oben zitierten Trägergesellschaften aus dem Sozialbereich, sowie deren Dachverband benutzen diesen Terminus seit kurzem um ihre Arbeit zu beschreiben.

Die Welt verkehrt, denkt man da! Denn für diese letztgenannten gilt weiterhin dass:

- Sie weiterhin unter dem (Schutz-)Dach des Familienministeriums agieren und somit angehalten sind therapeutische Versorgungsarbeit zu leisten.
- Diese Trägergesellschaften zentralistisch geführt werden um diesen, ihren "Auftrag" gegenüber dem Staat erfüllen zu können.
- Die ihnen hier zukommenden Finanzströme die Struktur selbst und das darin arbeitende (Erziehungs-Betreuungs-)Personal, finanzieren.
- Die zu Erziehenden, die zu Betreuenden, formal von jeglichem Mitspracherecht ausgeschlossen sind und mit den gesetzlich vorgesehenen Mindestbeträgen für ihre Arbeit entschädigt werden.

Dies Alles hat nun aber auch rein gar nichts mit Solidarwirtschaft zu tun, im Gegenteil es ist die schlichte und öde Weiterführung eines auslaufenden Modells sozialstaatlicher Versorgungspolitik konservativer Prägung. Dabei gilt vornehmlich für diese Träger: Nur kein Risiko, wir machen das und nehmen das, was wir kennen und wir wollen das auch so weiterführen. Diese Einstellung wollen wir als OPE natürlich respektieren.

Fazit ist aber auch heute, dass wir weiter stören. Und da wir stören geschehen Dinge die wir als unanständig empfinden. Zwei rezente Beispiele:

OPE hat im Bereich der Öffentlichen Ausschreibungen eine auch international anerkannte Forschungsarbeit (Einführung nachhaltiger Kriterien) geleistet und der Luxemburger Staat hat dann solche Ausschreibungen veröffentlicht. Dagegen hat einer der Trägergesellschaften, Mitglied des Dachverbandes, vor Gericht geklagt und da in Luxemburg nicht alle europäischen Direktiven in diesem Bereich umgesetzt sind, auch Recht bekommen. Dies hat zur Folge dass bewusst "Fortschritt" gebremst wird! Keine Frage dass auch damit eine Menge Arbeitsplätze bei OPE akut gefährdet sind, aber das gehört dann wohl dazu, nützt aber im Endeffekt niemandem, auch nicht den Klägern, welche auf diesem Weg eine kleine (Schlamm)schlacht für sich entscheiden konnte, es aber dennoch nicht fertig bringen wird die Entwicklung und damit auch das Netzwerk OPE auf zu halten

OPE hat sich ein internes, von allen Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes anerkanntes und fortschrittliches, aber verantwortungsbewusstes, Entlohnsystem gegeben, welches jeden Arbeitnehmer miteinbezieht und jedem dieselben Chancen auf Weiterentwicklung bietet. Nun wird uns dieses aber zum Vorwurf gemacht indem man sagt wir sollten dem SAS-Kollektivvertrag beitreten und uns an die daran enthaltenen Konditionen halten. Damit würden wir aber nur wieder die altbekannte Zweiklassengesellschaft in unseren Betrieben einführen, das heisst Betreuer einerseits und Betreute ohne Rechte andererseits. Das wollen wir natürlich nicht.

Als pikantes Detail wollen wir hier noch preisgeben dass das Modell OPE die Allgemeinheit, also den Steuerzahler, eine ganze Stange Geld weniger kostet als das traditionelle Versorgungsmodell. Zugegeben, das ist nicht unbedingt ein wesentliches Kriterium, es zeigt aber dass es durchaus möglich ist in einem sozial gerechten System JEDEM die gleichen Chancen zu bieten und für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn, mit gleichen Aufstiegsmöglichkeiten für JEDEN!

Vielleicht kann dieses Modell dann ja auch die Gewerkschaften interessieren und sogar provozieren? Vielleicht kann dieses Modell unseren Gewerkschaften dazu dienen einen Rahmenkollektivvertrag für einen ganzen, stets wachsenden, Wirtschaftszweig auszuhandeln? Eben auch jene Gewerkschaften, die aktiv geholfen haben die Solidarwirtschaft auf die Beine zu bringen und das entsprechende Luxemburger Modell weit über unsere Grenzen zu promulgieren.

Traditionsgeschwängertes Gedankengut bedeutet auch hier Stillstand und, in unserem Fall, sogar einen grossen Rückschritt.

## **Spielregeln ändern für eine neue « Gouvernance ».**

Wenn sehr viel über eine neue « Gouvernance » gesprochen wird um der Finanz-und Wirtschaftskrise beizukommen, so ist damit vornehmlich die politische « Gouvernance » gemeint. Das heisst im Klartext, es geht um das Erneuern des Zusammenspiels der politischen Instanzen, den staatlichen Verwaltungen und deren kausalen Einfluss auf die Gesellschaft, die Bürger und die angewandten Wirtschaftsmodelle. Anders ausgedrückt geht es um das Primat der Politik und somit um eine Festigung unserer demokratischen Ordnung. Was kann die Solidarwirtschaft hierzu beitragen ?

Fundamentalwissenschaftlich spricht sie von neuen Paradigmen welche ein Wirtschaften im Dienst des Menschen beschreiben und hierzu das Konzept einer « pluralen Wirtschaft » liefert. Das heisst dass es nebeneinander verschiedene Möglichkeiten gibt sich wirtschaftlich zu betätigen, mit Zielen die ebensowenig eine vernünftige persönliche Bereicherung wie auch die Möglichkeiten einer nicht profitorientierten Handlungsweise ausschliesst. Konkret schlägt man vor, neben der öffentlichen-und privaten Wirtschaft einen dritten Raum zu schaffen der lokale und regionale Interessen zum Wohle der Allgemeinheit ebenso berücksichtigt wie dieser Raum auch globales Handeln, durch Fair-Trade oder ethische Finanzsysteme, als Dienst an der Weltgemeinschaft erlauben soll.

Damit unser gesellschaftliches Zusammenleben demokratisch regiert werden kann (gouvernance), berufen wir uns also im Allgemeinen auf ein komplexes und historisch gewachsenes System von Gesetzen und Verträgen. Dieses komplexe System hat im Laufe der Entwicklung unserer Demokratien immer wieder Veränderungen erfahren um auf die Bedürfnisse und Erfordernisse gesellschaftlicher Prozesse angepasst zu werden. Seit den 80ziger Jahren hat sich dieses System rein zugunsten eines immer weniger kontrolliertem Freihandel entwickelt und uns mit dem so entstandenen Neoliberalismus, wie wir jetzt mit der Krise sehen, in eine Sackgasse geführt.

In Form einer angewandten Wissenschaftsarbeit arbeitet die Solidarwirtschaft an verschiedenen Schwerpunktthemen ( Partizipation der Bürger im Sinne der Subsidiarität, andere Indikatoren für gesellschaftlichen Reichtum, neue Gesellschaftsformen im non-profitbereich, nachhaltige Ansätze zur Gestaltung der Öffentlichen Ausschreibungen, Aufbau ethischer Finanzsysteme, usw.) zu denen sie heute schon konkrete Ideen und verlässliche Modelle anführen kann. Dies sind heute allesamt relevante Ansätze welche Einfluss nehmen können auf eine angepasstere neue Gouvernance und somit mithelfen können aus der Sackgasse herauszufinden.

Das Forum Lux 09 dient dazu diese Aspekte anschaulich zu vermitteln.

## **Die Welt war zu Gast in Luxemburg und nun ?**

Über 700 Delegierte aus 55 Ländern von allen 5 Kontinenten !

Die Solidarwirtschaft hat hier in Luxemburg ihre ganze Vielfalt aber vor allem ihre reale, weltweite Existenz gezeigt. Ein grosses Zeichen ist von Luxemburg ausgegangen und wird in der ganzen Welt auch so wahrgenommen.

Nach Lima (1997), Montreal (2001) und Dakar (2005) nun Schiffingen (2009), das klingt für uns Luxemburger fast exotisch und genauso war es gewesen. Das Zentrum Schiffingens glich während dieser vier Tage einer belebten und weltoffenen Metropole.

Nun ist der Spuk vorbei. Aus , fertig und das nächste Weltforum der Solidarwirtschaft wird in vier Jahren auf den Philipinnen in Asien stattfinden.

Das Forum war sehr wichtig für die Bewegung der Solidarwirtschaft gewesen. Zum Einen weil diese Art des Wirtschaftens weltweit die sogenannte kritische Masse erreicht hat, die es ihr erlaubt stabil und effektiv von allen Menschen wahrgenommen zu werden und zum Andern weil der Aufbau der solidarwirtschaftlichen Bewegung über die drei vorherigen Foren mit diesem vierten eine definitive Verankerung in den internationalen Agenden erfahren hat.

Dass das Forum stattfand ist also mehr als wichtig für die Protagonisten der Solidarwirtschaft selbst gewesen. Dieses vierte Forum in Luxemburg wird so als ein Meilenstein in die Geschichte einer sich wandelnden Weltgemeinschaft eingehen werden, darin waren sich alle Beteiligten an diesem Forum einig.

Nun ist dieses Fest der solidarischen Weltgemeinschaft vorbei. Aber was bleibt ausser der Erinnerung an ein gelungenes Event welches ein bisschen Farbe und Optimismus in den trüben Alltag unserer ach so krisengeschüttelten Gesellschaft gebracht hat ?

Wir wollen hier einen Vorschlag aufgreifen den die Konferenzteilnehmer so formuliert haben : Wir wollen in unsere Länder zurückkehren und wir wollen dort dafür sorgen dass regionale Exzellenzzentren der Solidarwirtschaft mit internationalem Anspruch entstehen welche weltweit vernetzt werden sollen. Diese Exzellenzzentren, gestützt auf Universitäten, Forschungszentren, Organisationen der Solidarwirtschaft und der Zivilgesellschaft, sollen es sich zur Aufgabe machen in ihren jeweiligen Ländern oder Regionen die Errungenschaften der Solidarwirtschaft zu bündeln, sie voranzutreiben und den dort lebenden Menschen die Möglichkeit geben sich aktiv einzubringen um sich so an der zukünftigen Gestaltung einer demokratischeren Wirtschaft zu beteiligen.

Wir sollten das auch in Luxemburg tun. Umsomehr da dieser Appell hier in Luxemburg formuliert wurde und Luxemburg mit dem Institut Européen de l'Economie Solidaire (INEES), welches Organisator dieses Weltforums war, eine Institution vorweisen kann dessen internationale Anerkennung nun definitiv gegeben ist.

INEES wurde 1998 gegründet und der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus Europäischen Persönlichkeiten, welche führend in Forschung und Praxis der Solidarwirtschaft sind. Den oben erwähnten Vorschlägen folgend sieht der Aufbau eines weltweiten Netzwerkes vor dass man sich durchaus vorstellen kann dass jeder Kontinent über eine zentrale Anlaufstelle verfügt welche die verschiedenen regionalen oder nationalen Exzellenzzentren koordiniert.

INEES kann diese zentrale Anlaufstelle für Europa sein. Dafür haben sich viele der Teilnehmer aus den Europäischen Netzwerken ausgesprochen. Sie gestehen INEES zu dass hier das know-how, die Erfahrung, die Kompetenz und vor allem auch das Kennen der europäischen solidarwirtschaftlichen Landschaft mit allen ihren vielfältigen Projekten gegeben ist. Alles Grundvoraussetzungen die eine solche Institution braucht.

Luxemburg könnte also zum Europäischen Zentrum für die Entwicklung der Solidarwirtschaft werden. Das ist absolut realistisch ! Nur, wir müssen jetzt handeln, wir müssen es jetzt tun, in der Folge und mit der Dynamik die das Weltforum geschaffen hat. Es ist eine EINMALIGE Chance für Luxemburg.

Hierfür bedarf es aber des politischen Willens und der politischen Unterstützung. Wir zählen darauf. JETZT !

## **Internationale Social Polis Konferenz an der Wirtschaftsuniversität in Wien.**

Die Plattform « Social Polis » ist ein europäisch finanziertes Forschungsprojekt deren Mitglieder aus Forschung und Praxis kommen und im Bereich der sozio-ökonomischen Innovation tätig sind.

Seit zwei Jahren arbeitet die Plattform im Auftrag der Europäischen Kommission an der Ausarbeitung einer Forschungsagenda zur Gestaltung der zukünftigen europäischen Politik im Bereich der Sozialen Kohäsion.

300 Teilnehmer nahmen am 11 und 12 Mai in Wien an der Abschlusskonferenz der Plattform Social Polis teil. Objectif Plein Emploi (OPE) mit Diane Remy und Romain Bieber und das Institut Européen de l'Economie Solidaire (INEES) mit Eric Lavilluniere, sind seit zwei Jahren an diesen Arbeiten beteiligt und waren in Wien zuständig für die Leitung des Workshops « Think differently : Supporting local socioeconomic initiatives for strengthening social cohesion » und massgeblich an zwei anderen Workshops zu den Themen « Governance » und « Neighbourhood development and grassroot initiatives » beteiligt.

Fazit ist dass die luxemburgischen Vertreter, OPE und INEES, vornehmlich dazu beigetragen haben dass die Anliegen der Solidarwirtschaft in Zukunft mit in die neue Kaderprogrammation « Forschung im Bereich der sozialen Kohäsion » der Europäischen Union miteinfließen werden.

### **« Governance » eine Aufgabe für die Wissenschaft ?**

Governance ist ein sehr politisches Thema, es handelt allgemein in unserer demokratischen Gesellschaft von geteilter Verantwortung, von verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung bis zu der Frage der Miteinbringung der Zivilgesellschaft in Vorschlags- und Entscheidungsfindung.

In diesem Sinne wurde auf keinen Fall das System der repräsentativen Demokratie, die wir kennen wenn wir zu Wahlen schreiten in Frage gestellt, aber es wurde auf aktuelle Unzulänglichkeiten dieses Systems aufmerksam gemacht. Es wurde vor allem festgehalten dass die Wirtschaft nicht mehr von unseren Volksvertretern im Sinne einer Nationalstaatlich, noch von einer Europäisch gelenkten politischen Kraft zum Wohle der Allgemeinheit organisiert werden kann.

Romain Bieber wies in seinem Referat darauf hin dass in diesem Zusammenhang die historische Betrachtung es erlaubt zu sehen dass den Unternehmen im Laufe der Entwicklung der zwei letzten Jahrhunderte des Industriezeitalters immer mehr Bedeutung zukam und sie somit schlussendlich wenn sie dann die Form von Multinationalen Konzernen erreichen konnten, als sogenannter Angelpunkt, zu den wahren Politikgestaltern aufstiegen.

Die Eigendynamik die damit einhergeht besteht dann schlussendlich darin dass diese weltweiten Konzerne nur noch auf die Ausweitung ihrer Macht und die Kontrolle jeglicher Konkurrenz (Alternative) ausgerichtet sind, ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen. Sie werden nicht nur zum Staat im Staat, sondern sie hebeln jegliche demokratischen Mechanismen aus.

Um demokratische Mechanismen wieder funktionsfähig zu machen schlägt Romain Bieber weiter vor den Angelpunkt « Unternehmen » in Zukunft und das Zeitalter der Wissensgesellschaft vorbereitend, durch den Angelpunkt « Territorium » zu ersetzen. Im Klartext heisst dies dass die moderne zukünftige Gesellschaft das « Unternehmen Territorium » als Ausgangspunkt zur Produktion von Waren und Dienstleistungen in den Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stellen sollte, um so den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht werden zu können. Diese Herangehensweise kann auch für die Problematik des Nord-Südgefälles von Nutzen sein.

Damit man zu solchen Ansätzen kommen kann schlägt er vor Territoriale (Regionale) Forschungs- und Exzellenzzentren zu diesen Konzepten einzurichten welche international untereinander zu vernetzen wären.



## Neighbourhood development und grassroot initiatives

In Zeiten tief greifender sozio-ökonomischer Umwälzungen zeigen immer mehr europäische Staaten reges Interesse an den so genannten „Neighbourhood development und grassroot initiatives“ und deren Einfluss auf die territoriale Entwicklung, die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen sowie deren Beitrag zu sozialen Kohärenz. Das Forschungsprojekt hat ergeben, dass es für diese von der Zivilbevölkerung ausgehenden lokalen Initiativen kein einheitliches Konzept gibt. Sie sind weitgehend abhängig von nationalen Gegebenheiten.

Eric Lavillunière (INEES) unterstrich in seinem Vortrag, dass die Solidarwirtschaft gerade in schwierigen Zeiten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Kohärenz leiste.

Das klassische Wirtschaftssystem, bestehend aus staatlichem und privatem Sektor ist nicht in der Lage bzw. gewillt sämtliche Bedürfnisse der Bevölkerung zufrieden stellend abzudecken. Die sog. <http://www.ope.lu/index.php?id=162&L=3 - c467> Solidarwirtschaft setzt dort an, wo Staat und Privatunternehmen versagen, und vermittelt eine andere Form des Wirtschaftens.

So gibt es durchaus andere Formen um dauerhaft mit mehr Fairness, demokratischer, und verantwortungsbewusster, zu produzieren, zu verteilen, zu konsumieren und zu sparen. Diese solidarischen Initiativen versuchen alle, die Solidarität und Innovation in den Mittelpunkt zu stellen. Sie verbessern das Leben in den Territorien. Sie beachten Bedürfnisse, die, in öffentlichen Räumen kollektiv mit den Verbraucher-Akteuren definiert werden. Sie sind also zugleich Begründer neuer sozialer Bindungen, neuer institutionellen Praktiken, und neuer Verhältnisse zwischen Wirtschaft und Arbeit.

Darum fordern die Teilnehmer des Workshops, dass die Solidarökonomie in die europäische Tagesordnung aufgenommen wird und als dritter Pfeiler, zwischen staatlichen und privaten Sektor, anerkannt wird.

### Thinking differently: Supporting local socioeconomic initiatives for strengthening social cohesion

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich die Schwächen des klassischen Wirtschaftssystems und stellt unsere politischen Programme und Denkweisen in Frage. Solange die soziale Kohärenz der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet bleibt und nur im Rahmen der Umverteilung konzipiert wird, wird die Gesellschaft am Rande bleiben. Die solidarische Wirtschaft ist keine Wirtschaft, die kostet, sie produziert dauerhaften Reichtum, und stellt den Menschen ins Zentrum der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Diane Remy (OPE) wies in ihrem Referat darauf hin, dass das öffentliche Auftragswesens für eine nachhaltige, solidarische und, ausgewogene territoriale Entwicklung: ein möglicher politischer Weg sei und zeigt wie man sie als Hebel zu diesem Zweck nutzen kann.

Die 2004/18/EG Richtlinie vom 31. März 2004 bietet den Einkäufern die Möglichkeit bei den öffentlichen Aufträgen neben den rein wirtschaftliche Kriterien auch soziale, ethische und ökologische Überlegungen bei der Vergabe in Betracht zu ziehen.

Dies erfordert aber ein völliges Umdenken! Lange Zeit herrschte die Meinung vor, dass der geringste Preis die Wahrung des öffentlichen Interesses garantiert. Heute ist offensichtlich, dass dieser Ansatz, der gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Arbeitsqualität und Umwelt ist, überdacht werden muss.

Die Franzosen haben die EG Richtlinie erfolgreich in ihr Nationalrecht übertragen. In Luxemburg ist das noch immer nicht geschehen.

Es erweist sich jetzt schon dass das öffentliche Auftragswesen so ein effizientes und innovatives Instrument sein kann, welches die soziale Kohärenz und die Lebensqualität sowie ein besseres Zusammenleben in den Territorien positiv beeinflusst.

Somit forderte Diane Remy ein öffentliches Auftragswesen, das unseren lokalen Unternehmen, seien es „klassische“ oder solche der Solidarwirtschaft eine Teilnahme im Sinne der Nachhaltigkeit erlaubt.

### Eine einfache aber starke Idee um die Solidarwirtschaft in die Europäische Forschungsagenda zur Sozialen Kohäsion einzufügen.

Die partizipative Erstellung einer Kartographie der Solidarwirtschaftlichen Projekte in Europa. Der Nutzen: Beweisen wie solche von Bürgern ausgehenden Projekte ein neues Wirtschaftsparadigma aufbauen welches in seinem Innern soziale Kohäsion produziert.

Dies ist eine Idee welche INEES schon während der Konferenz „2ièmes Rencontres Nationales sur la Stratégie de Lisbonne“ im Dezember 2008 im Centre de Recherche Public Henri Tudor vorgestellt hatte.

Diese Idee müsste Minister Biltgen, zuständig für die Forschung wie auch für Arbeit und Beschäftigung, eigentlich stark interessieren... und würde Luxemburg die Gelegenheit bieten sich an die Spitze dieser Entwicklungen in Europa zu setzen.

## **1000 neue, nachhaltige Arbeitsplätze für Luxemburg.**

Objectif Plein Emploi könnte in den nächsten fünf Jahren 1000 neue Arbeitsplätze in den Bereichen Umwelt, Neue Technologien, soziale Dienste, usw. in Luxemburg schaffen wenn die Koalitionspartner sich in neue Dimensionen der Wirtschaftspolitik hineinwagen.

Dies wären echte Jobs wie die 850 welche seit Beginn, im Jahre 1997, von OPE geschaffen worden sind. Diese Jobs haben zumal den Vorteil dass sie nicht delokalisierbar sind und so den Einwohnern Luxemburgs zugute kommen und ihnen erhalten bleiben.

Wie geht das ? Nun einerseits ist es die Frage ob der Luxemburger Staat, über die Solidaritätssteuer lieber in neue zukunftsträchtige nicht delokalisierbare Jobs investiert oder ob er lieber Arbeitslose bezahlt. Andererseits ist es die Frage der finanziellen Beteiligung der Gemeinden die sich um die Lebensqualität ihrer Bürger sorgt. Dem OPE-Netzwerk sind heute fast die Hälfte der Luxemburger Gemeinden angeschlossen und viele Gemeinden warten darauf Mitglied zu werden. Packen wir's also an, die Bereitschaft auf lokaler Ebene ist da !

Die Angewandte Forschung macht's.

Anfang der 90er Jahre hat OPE eine « Cellule de Recherche » eingerichtet um die Konzepte die zu neuer, nachhaltiger und lokal verankerter Arbeit führen, auszuarbeiten. Die Angewandte Forschung ist somit ein elementarer Faktor damit neue Wirtschaftspolitik entstehen kann.

Ende der 90er Jahre, mit der Gründung des « Institut de l'Economie Solidaire (INEES) » haben die Mitarbeiter von OPE die Forschungsarbeit die sie leisten mit europäischen und weltweiten Partnern koordinieren können. So konnte koordinierte Forschung, vornehmlich über europäisch finanzierte Projekte, mit Universitäten und Forschungszentren aus Europa geleistet werden.

Rezente wichtige Forschungsprojekte waren die Neugestaltung öffentlicher Ausschreibungen im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung oder die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen zu einer neuen Gesellschaftsform, der « Association d'Intérêt Collectif (AIC) » sowie einem « Fonds pour l'Economie Solidaire » welcher der Umsetzung innovativer Wirtschaftspolitik dient.

Die Verantwortlichen beider jetzt verhandelnden Parteien, CSV und LSAP, haben diese Arbeit in der Vergangenheit mit minimalen finanziellen Mitteln unterstützt, waren aber absolut von der Wichtigkeit dieser Forschungsarbeit überzeugt. OPE und INEES haben deshalb viel Eigenmittel einsetzen müssen, dies ist aber in Zukunft so nicht mehr möglich. Das Versprechen diese Arbeit von OPE/INEES ernsthaft zu fördern, sollte jetzt eingelöst werden, zumal hier in Luxemburg die Zusammenarbeit mit der Universität und dem CRPHT konkrete Formen angenommen hat.

OPE/INEES fordern somit mit Nachdruck von der neuen Regierung die Umsetzung ihres Forschungsprojektes « Maison de l'Economie Solidaire ». Luxemburg würde sich somit Europaweit an die Spitze der innovativen, solidarischen Wirtschaftsforschung stellen.

Viele reden über neue Arbeitsplätze, wir schaffen sie.